

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

92 (6.4.1920) Erstes Blatt

Wann immer Sie in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 4.60 M. an den Abonnenten abgeholt monatlich 4.20 M. in Karlsruhe durch unsere Agenturen bezogen 4.20 M. monatlich, am Postamt abgeholt monatlich 4.40 M. vierteljährlich 13.20 M. durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 4.75 M. vierteljährlich 14.25 M. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Mittelstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Angaben: Die Tages-Anzeigerzeitung oder deren Raum 90 Pfg. Neftamesse 3.— M., an erster Stelle 3.50 M. Abant nach Tarif. Anzeigen-Nachnahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen in letzter Seite bis 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 207. Schriftleitung Nr. 20 u. 248.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Martin Polinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Reichsteil: Karl Jahn und Hermann Weid; für Inserate: L. B. Deinr. Schriever. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Hofbuchhandlung u. a. m. b. S., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Selig, Friedenau, Regentstraße 65/66. Teleph.-Amt Hgland 2002. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfäulen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abänderung erfolgt, wenn Porto beifolgt ist.

117. Jahrg. Nr. 92.

Dienstag, den 6. April 1920

Erstes Blatt.

Um die Armee.

Von Professor Gerland.

Daß auf den Armeeputsch des Herrn von Lüttich eine Gegenbewegung von der äußersten radikalen Linken erfolgen würde, war von vornherein klar und die Überlegung, daß sich hieraus eine überaus gefährliche Situation ergeben mußte, hätte eigentlich in erster Linie Kapp von seinem Abenteuer zurückhalten müssen. Dies ist nicht geschehen. Die Folgen sind eingetreten, denn der von der äußersten Linken mit unauflösbarem Geschick geführte Kampf hat heute schon den Inhalt angenommen, daß die politische Frage der Gegenwart die Frage der Armee und zwar ihres Seins oder Nichtseins ist. Dies bewachen zwei Parteien auf das heiligste. In dem Vieseler Abkommen wird unter Ziffer 7 gefordert: „Auflösung aller der Verfassung nicht treugehörigen kontrerevolutionären Willkür- und Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Zurücksetzung eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugehöriger Truppen und Sicherheitswehren unangefastet.“ Ist hier schon sehr auffallend, daß den treugehörigen Truppen nur ihre Rechtsansprüche unangefastet bleiben sollen, was doch nur bedeuten kann, daß sie auch organisatorisch ungestaltet sind, so sind noch deutlicher die Forderungen der radikalen Berliner Arbeiterpartei, bei denen die sofortige Entlassung und Auflösung der kontrerevolutionären Truppen und Bildung von Arbeiterwehren unter zentraler Leitung der Arbeiterräte unter der Androhung des Generalfreits verlangt wird. Dabei werden unter kontrerevolutionären Truppen alle Truppen verstanden, die gegen die Arbeiter gekämpft haben und kämpfen, d. h. also auch solche Truppen, die auf Befehl der verfassungsmäßigen Regierung in Halle und anderen Orten die Ruhe wiederhergestellt haben.

Das Ziel, das hier ins Auge gefaßt wird, ist eindeutig. Es soll die sozialistische, d. h. die rote Armee gebildet werden. Und Däumig hat in der Verammlung der Betriebsräte, der Unabhängigen und Kommunisten vom 26. März seine Karten aufgedeckt. Er erklärt, daß man zwar nicht daran denken könne, in dieser Gasse des Kampfes das letzte Ziel, die Räterepublik zu erreichen, daß aber der wichtigste Schritt hierzu getan sei in der Überwindung der Armee. Ich halte diese Erklärung Däumigs für unwahr, denn es ist vollständig einleuchtend, daß in dem Augenblick, in dem die ausschließlich rote Armee gebildet ist, damit zugleich die Räterepublik etabliert ist. Und daran ändert es auch nichts, daß gewisse Teile der Unabhängigen heute erklären, sie stünden mit auf dem Boden der Verfassung. Sie tun das, so lange sie nicht die Macht in der Hand haben. Sie haben die Macht in der Hand in dem Augenblick, in dem die Armee vollkommen nach politischen Gesichtspunkten umorganisiert ist, in dem sie ausschließlich eine Parteiarmee ist, eine Armee der Arbeiterpartei. Man lasse sich auch nicht durch die Versuche gewisser Kreise der Sozialdemokratie täuschen, die immer wieder betonen, unter Arbeiter sei auch der Kopfarbeiter mit verstanden. Tatsächlich ist der organisierte Arbeiter nur der sozialdemokratisch organisierte Arbeiter und tatsächlich ist vom Standpunkt der Unabhängigen der organisierte Arbeiter nur noch der unabhängig organisierte Industriearbeiter und Angestellte. Die Gefahr, in dieser Situation liegt, kann nicht mehr außer acht gelassen werden. Sie ist ungeheuerlich und der Regierung erwächst hier die Aufgabe, diesen Bestrebungen der Linken, die Armee zur Parteiarmee zu machen, mit aller Energie entgegenzutreten. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß die Forderung in Vieseler's Abkommen ja ganz unverständlich ist. Die Armee als solche kann gar nicht durch organisierte Arbeiter ergänzt werden, es sei denn, daß sie aufhört, Arbeiter zu sein, und sich für 12 Jahre verpflichtet. Das konnten sie vorher schon tun und dieses Recht ihnen besonders zuzusprechen, hat keinen Sinn, wenn man nicht der Ansicht ist, daß die Organisation doch etwas anders gemeint ist, und daß man der Arbeiterpartei den bestimmenden Einfluß auf die Armee einzuräumen will.

Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Behauptung der äußersten Linken unrichtig ist, wonach die Armee als Ganzes sich unzulänglich erwiesen habe. Namentlich gilt das auch für das Offizierskorps, dessen Zusammensetzung, wie früher so auch später für die Schlagfertigkeit, die Disziplin und damit den Wert der Armee entscheidend sein wird. In Berlin z. B. hat sich, wie feststeht, das Wehrministerium insgesamt gegen Kapp und Lüttich ausgesprochen. Es haben zwischen Ludendorff und gewissen seiner alten Mitarbeiter, die unter ihm an hervorragender Stelle im Generalstab gearbeitet haben, Zusammenstöße von einer Heftigkeit stattgefunden, die in der Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt. Und auch in der Provinz haben sich große Teile des Offizierskorps sofort hinter die neue Regierung gestellt. Daß der Militärputsch von Lüttich sich nicht sofort durchgesetzt hat, beruht mit auf der Tatsache, daß eben nicht die gesamte Armee hinter Lüttich stand. Neue Teile des Offizierskorps zu beiseitigen hieße einmal, Unschuldige treffen, hieße

aber ferner gerade die zur Verantwortung zu ziehen, die an der gefährlichsten Stelle die Verfassung und damit das Vaterland mitgerettet haben.

Wollen wir aber die Verfassung in Zukunft aufrecht erhalten, so muß die parteilose Armee unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Und das politische Problem der Zukunft ist nicht etwa, die Armee nach den heutigen Mehrheitsverhältnissen zu politisieren, sondern die Armee endlich wieder zu entpolitizieren, nachdem sie leider durch den Krieg, die Wahlarbeit der Unabhängigen während des Krieges, durch das ihr in Folge der kriegsmäßigen Volksbewaffnung im Dezember 1918 naturgemäß verliehene Wahlrecht so unheilvoll politisiert worden ist. Die Armee hat nur eine Verpflichtung: in unbedingtem Gehorsam zur Regierung auf dem Boden der Verfassung zu stehen. Und es ist selbstverständlich, daß alle die, die nicht das tun, heute sofort verschwinden und durch zuverlässige Offiziere und Mannschaften

ersetzt werden müssen. Wer nicht betroffen werden können die, die für die Regierung gestanden haben, und die Armee als Ganzes etwa auflösen und durch Arbeiterwehren ersetzen wollen, hieße das Schicksal Deutschlands besiegeln, hieße das letzte, was uns noch Schicksal noch erspart geblieben ist, über uns heraufbeschwören.

Das gleiche gilt für die Einwohnerwehren. Auch hier muß die Organisation auf eine unpolitische Basis gestellt werden. Selbstverständlich sollen und können Arbeiter in die Arbeiterwehren eintreten und es war nicht etwa ein Fehler verlassener Mehrheitsregierungen, daß dies noch nicht geschehen ist, sondern es war die Abneigung, namentlich der radikalen Arbeiterfreie, sich in die Einwohnerwehren einmischen zu lassen. Hier aber die Arbeiter nun so zu beherzigen, daß andere, die nicht dem Arbeiterstande angehören, mit ihnen Meldungen zurückgewiesen werden, scheint mir ein folgenschwerer Fehler zu sein, der sich früher

oder später rächen wird. Parteitätlich arbeitet die äußerste Linke mit dem Schlagwort der Entwaffnung der Bourgeoisie. Dabei ist es unwahr, daß die Bourgeoisie überhaupt bewaffnet war, wohl aber ist es richtig, daß die Arbeiterpartei in sehr großem Umfang Waffen und militärische Organisationen besaß. Denn woher sind sonst diese roten Armeen plötzlich gekommen? Und ist es nicht richtig, was man hört, daß die Unabhängigen Deutschland in Wehrkreise eingeteilt haben, mit Einrichtungen zur sofortigen Bildung von bewaffneten Formationen, die hart an die alten Bezirkskommandos erinnern? Man wird das ableugnen, man wird auch gern bereit sein, feierlich zu erklären, man stände auf dem Boden der Verfassung. Aber die Entwicklung, die kommen muß, wenn die parteimäßige Bewaffnung der Arbeiterpartei zu Ende geführt wird, ist unabwendbar. Entweder folgt dem Wortbruch der Kapitulanten Offiziere der Wortbruch der linksradikalen Parteiführer, oder aber diese Parteiführer werden beiseitigt und neue Führer vor neue Aufgaben gestellt.

Wer es also wirklich ernst mit dem Schutze der Verfassung meint, der muß mit uns eintreten für die Forderung der unpolitischen Armee, der unpolitischen Einwohnerwehren, der Entwaffnung nicht etwa der Bourgeoisie, sondern des ganzen Volkes und namentlich der unabhängigen Organisationen, die sich heute noch rüchschistos über jedes Recht hinwegsetzen. Das ist die Forderung des Tages! Und wenn ich auch bestimmt den Schlagwort gewisser improvisierter Rechtspolitiker, die sich dadurch ihren verdienten Befragungen entziehen wollen, ablehne, eine Einheitsfront gegen den Bolschewismus zu bilden, so halte ich allerdings ebenso bestimmt an der Forderung an, daß weder im gegenwärtigen Moment, noch sonst auch je eine Armee lediglich nach Parteirücksichten organisiert und geübt werden kann. Der Wahlkampf wird auch diese Dinge mit ergreifen. Und so scheint mir eine der wichtigsten Forderungen der Zukunft die zu sein: Aufrechterhaltung der Armee, völlige Entpolitisierung der lebigen zum Schutze der Verfassung und der Aufrechterhaltung der Ordnung nötigen Armee. Man lasse sich nicht täuschen! Däumig's Worte von der wichtigsten Gasse, die erreicht werden muß im Kampf um die Räterepublik, die Befreiung der gegenwärtigen Armee, sprechen für sich. Und ich möchte auch nachdrücklich darauf hinweisen, daß hier der entscheidende Punkt für die Sozialdemokratie gegeben ist, an dem sie eine vorbehaltlose, unbedingte Stellung für oder gegen einnehmen muß. Denn die Frage, um die es sich hier handelt, ist die Zukunftsfrage der Verfassung. Die Stellungnahme zu ihr entscheidet über den Charakter einer Partei, ob sie die Verfassung aufrecht erhalten will oder nicht.

Frankfurt a. M. von den Franzosen besetzt.

Frankfurt a. M., 6. April. (Wolff.) Heute morgen 5 Uhr wurde Frankfurt a. M. von den französischen Truppen besetzt.

Paris, 6. April. Die Agence Havas meldet: Die französischen Truppen werden am Dienstag morgen Frankfurt a. M. besetzen. Einige Einheiten haben bereits den Anmarsch angetreten.

Der „Temps“ meldet weiter, daß im französischen Abschnitt Truppenbewegungen bevorstehen.

S. Berlin, 6. April. (Sig. Drahtber.) In Berliner Regierungskreisen war man gestern noch der Hoffnung, daß die französischen Drohungen hinsichtlich der Besetzung deutscher Städte keine praktische Auswirkung haben würden. Man hofft nun, daß eine schnelle Beendigung der Polizeiaktion im Ruhrgebiet die französischen Willkürmaßnahmen, die, wie man weiß, in London und Rom wie auch in Amerika mißbilligt werden, von selbst rasch wieder gegenstandslos werden lassen.

Vor der Besetzung.

Deutsche Note an Frankreich.

Paris, 4. April. (Havas.) Am Samstag nachmittag überreichte der Präsident der deutschen Friedensmission Göppert dem Ministerpräsidenten Millerand eine in deutscher Sprache abgefaßte Note, deren französische Einreichung um 5 Uhr nachmittags nachgefordert wurde. In der sehr ausführlichen Darstellung der Lage im Ruhrgebiet wird gesagt, die deutsche Regierung könne nicht mehr länger auf die Ermächtigung für die Besetzung des Ruhrreviers warten. Sie sei für die Sicherheit der Bevölkerung verantwortlich und könne deren verweilende Hilfe nicht ungehört verhallen lassen. Unter dem Druck solcher Notwendigkeit habe die Reichsregierung dem Ministerpräsidenten der Alliierten vorschlagen müssen, zu einem Vorgehen der Reichswehrtruppen, für das die deutsche Regierung jetzt die formelle Genehmigung nachsuche. Die deutsche Regierung sei überzeugt, daß ihr Vorgehen, das unter dem Druck der Ereignisse erfolge, keine Verletzung des Vertrages von Versailles darstelle, denn der Vertrag von Versailles bezwecke die Aufrechterhaltung des Friedens, der aber durch die Vorgänge im Ruhrrevier in Frage gestellt werde.

Die Note weist sodann auf die deutschen Vorschläge hin, die die Anerkennung einer internationalen Kommission vorsehen, um über die Zweckmäßigkeit der Truppenbewegungen zu entscheiden. Bald darauf wurde Millerand auch durch die französische Mission in Berlin telephonisch über die Lage unterrichtet. Er konferierte sodann mit dem Marschall Foch und dem Kriegsminister Desobry.

Einem Vertreter der Agence Havas gegenüber verwies Millerand auf die Brutalität des Vorgehens der Reichswehrtruppen, das offensichtlich bösen Willen erkennen lasse. Eine Notwendigkeit, lokale Unruhen mit einem solchen Aufgebot von Truppen zu unterdrücken, wie es jetzt geschehe, zumal diese Unruhen schon im Abflauen begriffen seien, habe nicht vorgelegen. Auch seien die Truppen, die im Ruhrrevier verwendet würden, zusammengefaßt aus Kruppenteilen, die bei den Berliner Ereignissen eine ausschlaggebende Rolle gespielt hätten.

Dem deutschen Geschäftsträger erklärte Millerand, die französische Regierung sehe in dem Verhalten der deutschen Regierung einen feindlichen Akt und eine Verletzung des Vertrages. Die Beschlüsse der französischen Regierung würden ihm später zur Kenntnis gebracht werden.

In der gestern überreichten Note versucht die deutsche Regierung die Bedeutung der Truppenbewegung zu verkleinern. Die Zahl der Truppen sei übertrieben worden.

Die Antwort Millerands.

Paris, 5. April. (Havas.) Ministerpräsident Millerand hat am Sonntag abends an den deutschen Geschäftsträger Mayer ein Schreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß er gegen die sofortige Zurückziehung der in das Ruhrrevier unerlaubt einrückenden Truppen dringlich verlangt und erklärt habe, Frankreich könne keine Abweichung von Artikel 44 des Versailler Vertrages gestatten. Millerand fügte hinzu, es sei heute amtlich festgestellt worden, daß die Zahl der deutschen Truppen im Ruhrgebiet die erlaubte Stärke überschreite, daß der Reichskommissar von der deutschen Reichsregierung volle Handlungs-freiheit für ihre Verwendung im Ruhrgebiet erhalten habe und schließlich, daß der Angriff der Reichswehr am 2. April begonnen habe. Millerand stellt fest, daß die deutsche Regierung durch den plötzlichen Angriff den Artikel 44 des Friedensvertrages verletzt habe, was einen feindseligen Akt bedeute, der den Frieden der Welt stören müsse. Millerand erklärte, er werde Mayer später die Entscheidung Frankreichs zum Kenntnis bringen.

Paris, 4. April. Die Agence Havas bespricht ausführlich die Ereignisse im Ruhrrevier und den durch sie veranlaßten Notentwurf zwischen der französischen und der deutschen Regierung. Die Agentur sagt, die Ereignisse im Ruhrrevier hätten sich überstürzt. Die Zurückziehung derjenigen Truppen, die bereits am Donnerstag voriger Woche in das Ruhrrevier eingedrungen waren, sei nicht erfolgt. Statt dessen seien neue Truppenteile in die neutrale Zone eingerückt. Die deutsche Regierung könne also nicht mehr sagen, daß es sich hierbei nur um Übergriffe einer untergeordneten Stelle handele.

Die Polizeiaktion im Ruhrgebiet in etwa sechs Tagen beendet.

Berlin, 5. April. (Wolff.) Obwohl die deutsche Regierung wiederholt in Paris die dringenden Gründe dargelegt hat, die sie gegenwärtig haben, die Polizeiaktion im Ruhrgebiet zu übernehmen, ist es ihr bisher nicht gelungen, das Einverständnis der französischen Regierung mit dem Einmarsch zu erzielen. Millerand hat vielmehr in seiner Eigenschaft als französischer Ministerpräsident die deutsche Regierung in einer Note auf die besonders feierliche Fassung des Artikels 44 des Friedensvertrages, der jeden Verstoß Deutschlands gegen die sich mit der neutralen Zone besitzenden Artikel 42 und 43 als eine feindselige Handlung und den Versuch einer Störung des Weltfriedens kennzeichnet, hingewiesen, und in Aussicht gestellt, daß aus die Entscheidung der französischen Regierung später übermittelt werden würde. Dem gegenüber ist heute festgelegt worden, daß durch die zum Zwecke der Polizeiaktion ins Ruhrrevier einmarschierenden Truppen das uns für die neutrale Zone zugewiesene Kontinent noch nicht erreicht werden ist. Nach dem Abkommen vom 6. August sind uns insgesamt für die neutrale Zone 17.500 Mann zugebilligt. Im Ruhrrevier befinden sich zurzeit 13.500 Mann, in der übrigen neutralen Zone 3500 Mann. Es ist Herrn Millerand mitgeteilt worden, daß die Aktion im Ruhrrevier in etwa sechs Tagen beendet sein wird.

Eine vernünftige englische Stimme.

Amsterdam, 5. April. „The Westminster Gazette“ schreibt zu den Mittermeldungen, daß die Spar-takisten im Ruhrgebiet die alliierten Truppen ersuchen, entweder den Vormarsch der Reichswehr aufzuhalten, oder selbst das Ruhrgebiet zu besetzen. Die Interessen der Alliierten liegen klar. Wir brauchen ein stabiles, orientiertes Deutschland. Wir wollen uns nicht in eine innerpolitischen Streitigkeiten mischen. Unsere Politik muß daher sein, der deutschen Regierung zu gestatten, die notwendigen Maßnahmen gegen die Aufrührer zu ergreifen.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Deutsch-Südafrika und die südafrikanischen Parteien.

Von Gouverneur Dr. Seitz.

In der Sonderitzung des südafrikanischen Parlaments, die sich mit dem Friedensvertrag und dem Diktatargesetz für Südafrika beschäftigte, ist die Stellung der südafrikanischen Parteien zu Südafrika mit wünschenswerter Klarheit zutage getreten.

Die Partei der Nationalisten hat sich unter Führung von Herzog Klipp und klar gegen den Friedensvertrag und gegen die Wegnahme der deutschen Kolonien erklärt. Sie hat folgerichtig auch gegen die Übernahme des Mandats für Südafrika durch die Union gestimmt und dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß man entgegen dem Sinn der früheren Erklärungen Wilsons nicht einmal die Bevölkerung Südafrikas über ihr künftiges Schicksal befragt habe. Aber die Nationalisten blieben mit ihrer Auffassung allein.

Die beiden bisherigen Regierungsparteien, die South African Party, die alten Anhänger Bothas, und die Unionisten, die Partei der National-Engländer, erklärten lediglich ihre Zustimmung zu dem Antrag der Regierung, also zur Ratifizierung des Friedensvertrags, zur Übernahme des Mandats und zum Diktatargesetz für Südafrika. Nur der alte Herriman, der immer ein politischer Einspänner war, fand einige wohlwollende Worte für Deutschland.

Eine Partei aber, und das mögen sich die deutschen Arbeiter besonders merken, konnte auch diese Gelegenheit nicht versäumen, um ihrem Ghaß gegen alles, was deutsch ist, erneuten Ausdruck zu geben, die südafrikanische Arbeiterpartei. Ihr Führer Creswell, der während des ganzen Krieges teils in Südafrika, teils in England, mit allen Mitteln gegen uns gehetzt hat, glaubte auch hier wieder auszusprechen zu müssen, daß Südafrika nie wieder deutsch werden dürfe. Er hat an dem Mandat nur ein Aussehen, daß es einer Annexión zwar ähnlich sehe wie ein Ei dem andern, aber doch keine Annexión sei. Wie soll es werden, so fragt er, wenn die Bevölkerung Südafrikas den Anschluß an die Union wünscht? Soll auch dann das Mandat bestehen bleiben? Er hat damit lediglich die Ansicht der südafrikanischen Arbeiterpartei zum Ausdruck gebracht, die von vornherein nichts anderes verlangt als die Annexión von Südafrika. Unsere Arbeiter können daraus entnehmen, was wir zu erwarten haben, wenn einmal in London die englische Arbeiterpartei zur Herrschaft kommen sollte. Diese Partei ist, trotz aller sozialistischen Redensarten, so national und imperialistisch, wie jede andere englische Partei, und wird das internationale Mäntelchen, das sie sich hier und da zum Zwecke des Wimpelzugs umhängt, in dem Augenblicke fallen lassen, in dem sie an die Regierung kommt. Es nützt auch nichts, einen Gegenstand konstruieren zu wollen zwischen der englischen Sozialdemokratie und der südafrikanischen Arbeiterpartei. Creswell hat sich während des Krieges längere Zeit in England aufgehalten und in enger Verbindung mit den dortigen Arbeiterführern seine Heftigkeit entfaltet. Vernichtung der deutschen Konkurrenz, der deutschen Arbeit war seit Beginn des Krieges sein und seiner Partei Wahlspruch. Alles Geschrei von Militarismus und Absolutismus war nur Weimert. Der deutschen Arbeit und damit den deutschen Arbeitern galt und gilt der Kampf dieser neidischen Konkurrenz. Vorläufig allerdings sind die Aussichten dieser durchaus deutschfeindlich und britisch-imperialistisch gerichteten Arbeiterpartei in Südafrika recht gering. Man schlägt sich mit den farbigen Arbeitern in den Bergwerken bei Johannesburg herum, weil diese Leute die Annahme haben, ähnliche Arbeitsbedingungen zu verlangen wie die britischen Imperialisten. Auch hier nichts als Konkurrenzneid. Der deutsche Arbeiter muß vernichtet werden, der farbige muß einige Stufen

unter den Briten gehalten werden, damit er sich nicht zu einem gleich gefährlichen Konkurrenten auswachsen kann, wie es einst der deutsche war. Ein Glück für das Deutschland in Südafrika ist es, daß diese Konkurrenz des britischen Imperialismus vorläufig noch niedergehalten wird durch die Buren, und daß ihr in der drohenden Emanzipation der farbigen ein Gegengewicht erwächst, das ihren Deutschenhaß sehr bald in den Hintergrund drängen wird.

Wenn die bevorstehenden Wahlen zum südafrikanischen Parlament eine Verschiebung der Parteien bringen sollten, so wird das wahrscheinlich eine Verschiebung zugunsten der Herzog-Partei, der Nationalisten, sein. Einen entscheidenden Einfluß auf die Politik der Union aber wird die Nationalistenpartei kaum erlangen. Man wird zufrieden sein müssen, wenn sie so zahlreich wird, daß der gegenwärtigen Regierung oder dem, was ihr nachfolgt, das Rückgrat in dem Widerstande gegen die imperialistischen Bestrebungen gesichert wird, die ihre Vertretung in der Arbeiterpartei und der Unionistenpartei finden.

Planmäßiger Verlauf der Polizeiaktion.

Berlin, 5. April. (Wolff.) Die Polizeiaktion im Ruhrgebiet nimmt einen planmäßigen Verlauf. Um Städte und Ortschaften und insbesondere die friedliche Bevölkerung zu schonen, enthalten sich die Truppen aller nicht unbedingt erforderlichen Kampfhandlungen, was an die Leistungsfähigkeit und an den Opfermut der Truppen, unter denen sich mehrere süddeutsche Formationen befinden, eine ganz besondere Aufgabe stellt. Zur Zeit steht die Reichswehr nördlich von Voittrop, was noch nicht befestigt ist. Südlich von Dortmund, in das die ersten Abteilungen schon eingezogen sind, gehen die Truppen in der Linie Luene-Rame, gegen erheblich stärkere Abteilungen der Roten Verbände vor. Auch im Landkreis Herde schreitet die Reinigungsaktion vorwärts. Der Bahnhof Wiede wurde von Roten Verbänden gestürmt, ebenso die Zedden, Wimital und Gläudau. In Dortmund selbst haben erhebliche Plünderungen stattgefunden. In Essen nehmen die Plünderungen ihren Fortgang. Von dem Postdirektor wurden 120000 Mark erpreßt. Die Konjunktur von Krupp ist gestern Abend beraubt worden. Auch die ländliche Bevölkerung zwischen Essen, Weller und Muelheim leidet erheblich unter Plünderungen. Sehr ernst ist auch immer noch die Lage in der Stadt Muelheim, wenn sich auch das Gros der Verbände, das bisher dort gelegen hat, zu verlassen beginnt.

Der Abg. Hue hat ausdrücklich erklärt, daß eine Befreiung von Essen und Muelheim ohne Einsatz des Militärs undurchführbar sei. — Es ist zu erwarten, daß Dienstag oder Mittwoch Essen befreit werden kann. Der Zentralrat der Vollzugsräte hat wegen seiner gefährdeten Lage Essen gestern verlassen und seinen Sitz nach Warmen verlegt. Hier wie überhaupt im bergischen Land so auch in Düsseldorf herrschen im großen und ganzen Ruhe und Ordnung.

Berlin, 6. April. Nach der „Post. Stg.“ erklärte Reichskommissar Severing noch einen Zeitraum von sechs Tagen für erforderlich, um die Säuberungsaktion im Ruhrrevier durchzuführen.

Duisburg hat seit dem Einmarsch der Reichswehr sein normales Ansehen wieder angenommen. In Düsseldorf hat eine Bande von zerstreuten roten Truppen noch am Osterlamstag die Infanteriekaserne vollständig ausgeplündert. Die Räuber wurden sämtlich von der Sicherheitswehr festgenommen. Jetzt ist die Lage normal.

Düsseldorf, 5. April. (Wolff.) Die Düsseldorf-Kommunisten haben an den Vollzugsrat die Aufforderung gestellt, ihnen Munition und Lebensmittel zu liefern und haben mit dem Einmarsch gedroht, falls diesem Verlangen nicht stattgegeben werde. Der Vollzugsrat hat die Forderung abgelehnt und militärische Vorkehrungen zur Abwehr etwaiger Angriffe von Duisburg her getroffen.

Der rote Schrecken.

Berlin, 6. April. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet aus Hamm Einzelheiten über den roten Schrecken. In Hamm wurde die Wägrige Tochter eines Landwirts von den Roten erschossen. In Sand-Bochum wurde ein Landwirt durch einen Bauchschießschuß verletzt und ein anderer Einwohner erschossen. Plündernde rote Truppen erzwangen mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe von Lebensmitteln und Geld. Auch Arbeiterfamilien werden nicht geschont, namentlich solche, deren Männer eingezogen sind. Bei Angriffen auf den Friedhof von Hamm fiel der seiner Kompanie vorantretende Hauptmann Schwarz. Insgesamt werden die Verluste der roten Armee bei Hamm auf über 300 Tote angegeben. Zwei Panzerautomobile und ein Flugzeuggeschwader nahen dort am Kampfe teil.

Hamm, 5. April. Nach hier eingetroffenen Meldungen terrorisiert der Mob in Essen die Konfektionsbäuer, Schuhwaren- und Lebensmittelgeschäfte. Der dadurch angerichtete Schaden beläuft sich auf Hunderttausende. Post- und Telegraphenbeamte sind in den Proteststreik eingetreten.

Der nach Warmen geschickte Essener Zentralrat hat erklärt, daß er seine Truppen nicht mehr in der Hand habe. Die Zugänge von Mülheim nach Oberhausen und Duisburg sind von Bolschewisten besetzt.

Russische Offiziere bei den roten Truppen.

Berlin, 6. April. Der Nordrand des Ruhrreviers ist von der Reichswehr besetzt. Der erste Feiertag brachte blutige Verluste bei Bottrop. Nach Aussagen des Vollzugsrates in Hamm waren russische Offiziere vor und hinter der roten Front tätig. Der Feind der Unruhen ist jetzt Essen.

Eisenbahnreisensand im Bezirk Essen.

Essen, 4. April. Die nicht freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahnarbeiter des Direktionsbezirks Essen sind gestern in den Ausstand getreten mit der Begründung, daß seitens der Vollzugsräte und der Roten Verbände vielfach Eingriffe in die Eisenbahndienste vorgenommen und viele Wagen mit Lebensmitteln, sogar Milchzüge, beschlagnahmt worden sind. Der Personen- und Güterverkehr ist völlig eingestellt. Lebensmittel- und Milchzüge kommen auf Anweisung der Zentralregierung nur dann in den Bezirk, wenn die Gewähr dafür besteht, daß die Wagen in die Hände der Kommunalbehörden gelangen. Die Streckenden wollen den Dienst erst dann wieder aufnehmen, wenn die Roten Wagen von den Stationen und den Bahnhöfen zurückgezogen sind. Seit einigen Tagen ist frische Milch für Kranke und Kinder nicht mehr eingetroffen.

Die Verpflegung des Ruhrgebiets.

Amsterdam, 6. April. (Wolff.) Wie die Mütter melden, wird das niederländische Zentralkomitee für die Versorgung der Lebensmittel- und Kleidernot in Deutschland und besonders im Ruhrgebiet tatkräftige Hilfe leisten, sobald einige Sicherheit dafür besteht, daß die Sendungen ihren Bestimmungsort erreichen.

Berlin, 6. April. Die Verpflegung des Ruhrgebietes, die der Truppe unmittelbar folgt, ist organisiert. Auch die von holländischer Seite angehaltenen Kartoffellieferungen für Deutschland sind wieder im Gange. Vorsorge für sachgemäße Ablieferung und Verteilung ist getroffen.

Der Generallist.

Berlin, 6. April. Wie dem „Berl. Vorkämpfer“ aus München-Gladbach berichtet wird, teilt das Bezirksamt der Christlichen Gewerkschaften mit, daß der Generallist auch in das besetzte Gebiet hineingetragen werden soll.

Auswärtige Staaten.

Kabinettswechsel in Dänemark.

Kopenhagen, 6. April. (Wolff.) Der König hat seine Zustimmung zu folgender Ministerliste erteilt: Dörmomundsdirektor Friis Mi-

nisterpräsident und Verteidigungsminister, Stiftsamtssmann Kammerherr Ammentorp, Finanzminister, Bürgermeister Jensen, Sozialminister, Generaldirektor Koetel, Finanzminister, Schulinspektor, Stadtverordneter Pedersen, Unterrichtsminister, Verwaltungsdirektor der nordischen Kaffeeplantage, Handelsminister, Departementschef Riis-Dansen, Minister für öffentliche Arbeiten, Departementschef E. C. Scavenius, Außenminister, Departementschef Schroeder, Justizminister, Pächter Sonne, Landwirtschaftsminister und Departementschef Fedel, Minister des Innern. Der Reichstag ist für heute einberufen worden.

Kopenhagen, 5. April. (Rigas Büro.) Da die Einigkeit zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern hergestellt ist, wurde der Generallist abgefragt.

Ausschreitungen in Irland.

London, 4. April. (Reuter.) In der vergangenen Nacht ist aus Anlaß des Jahrestages des irischen Aufstandes von 1916 in zahlreichen Regierungsämtern in Dublin, Cork und Belfast infolge Brandlegung Feuer ausgebrochen, u. a. in acht Einwohnertürmen in diesen drei Städten. Viele wichtige Dokumente wurden dadurch vernichtet. Belfast war anfangs infolge Durchschneidens der Drähte und des Kabels nach England isoliert.

Amsterdam, 4. April. „Telegraaf“ meldet aus London, daß in den Vorstädten von Dublin in Irland außerordentliche militärische Maßnahmen getroffen wurden. Die nach Dublin führenden Straßen wurden mit Soldaten und Panzerautomobilen besetzt und an einigen Stellen mit starkem Drahtverhau abgeperrt.

London, 6. April. Der „Star“ berichtet, daß am Samstagabend eine protestantische Schule in Milto w (Irland) eingestürzt wurde und daß vandallische Akte in einer protestantischen Kirche verübt worden sind. Nach dem gleichen Blatte sind am Mittwoch Marshall, Fox und Sir Mac Neady, der neue Kommandant der Truppen in Irland, in Belfast angekommen.

London, 5. April. (Reuter.) Es verlautet weiter, daß die Ausschreitungen in Irland auf Grund eines groß angelegten Planes vorgenommen worden sind. Bis jetzt sind etwa 60 Polizeistationen, von denen jedoch die meisten unbesetzt waren, durch Feuer und Sprengstoff zerstört worden. 22 Einwohnertürme, davon 5 in Dublin, wurden überfallen und wichtige Dokumente zerstört.

Rücktritt des südafrikanischen Kabinetts.

London, 3. April. Reuter meldet aus Konstantinopel: Der Rücktritt des Kabinetts Salih Pascha wird amtlich mitgeteilt. Tewfik Pascha oder Damad Ferid Pascha werden die Bildung eines neuen Kabinetts übernehmen.

Die Sonderstellung Amerikas.

Paris, 5. April. Der „Petit Parisien“ meldet aus Washington: Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten bei der Konferenz des Obersten Rates in San Remo nicht vertreten sein werden.

Zuckooh Crème

die gute, hautverjüngende Zuckooh-Creme, neben Zuckooh-Ellis-Creme das weitaus Beste bei spröden, ausgeprägten Händen!

Wanzen, Käfer, Ratten, Mäuse etc.

beseitigt mit sicherem Erfolg u. mäßiger Berechnung die Ungeziefer-Vertilgungs-Anstalt

Friedrich Springer

Karlsruhe Markgrafenstr. 52 Telephone 3263. Abonnement für Hausbesitzer unter günstigen Bedingungen.

Theater und Musik.

Leipziger Theaterbrief. Ein vom Leipziger Schauspielhaus zur ersten Aufführung gebrachtes soziales Schauspiel „Das Erbe“ von Karl Friedrich Fischer, ein technisch historisches, sprachlich mit dem Expressionismus poetisierendes Stück Dilettantenarbeit ohne eigene Note verstand nach einer Aufführung in der Besetzung. Dasselbe Bühnen kam neuerdings mit Heinrich Lautensack „Pfarrrhauskomödie“ heraus und entseelte damit einen Theaterstempel, wie er in Leipzig lange nicht erlebt wurde. Gleich zu Beginn des Spiels erzwang eine planmäßig vorgehende Gruppe von Aufsehern die Unterbrechung des Spiels, das erst nach gewalttätiger Entfremdung der Demonstrationen aus dem Theater fortgesetzt werden konnte. Das Stück zweifelslos die eheliche, warmherzige Arbeit eines Dichters, laßt über die Ohnmacht künstlerischer Menschenführung gegenüber den elementaren Gesetzen der Natur. Einiges Unmüdigkeits-Aggressivität, wie die mehrfache Wiederholung des Hauptmottos, ist entbehrlich und kann verstimmend wirken. Die Regie Fritz Viehwegs hatte in vielem erheblich gemildert, besonders den heissen Schluß. Die Darstellung, die auf hoher, künstlerischer Stufe stand, erzielte einen stimmungsvollen Erfolg. Die einaktige Komödie „Die Flegel“ von Leonhard Schickel vermag dagegen einen sehr wichtigen künstlerischen Erfolg nicht völlig zu bewähren. Eine Studienkomödie, von dem Bezirksamt in einem Glas Bier gefunden, wird Anlaß zu einem heftigen Streit, in dessen Verlauf die beteiligten Personen sich gegenseitig der schwersten Verbrechen beschuldigen. Selber geht in dem Moment, da es interessant zu werden verspricht, dem Verfasser der Atem aus. Die etwas billige Schwank-Lösung zum Schluß weckte den Widerspruch einiger kritisch Gesinnter.

Kunst und Wissenschaft.

Zur Erinnerung an eine Gelehrten-Tragödie. Am 3. April sind 50 Jahre vergangen, seit die Gelehrtenwelt durch den Selbstmord eines hervorragenden Geschichtsforschers in Aufregung versetzt wurde. Der Professor der Geschichte an der Berliner Universität, Philipp Jaffé, erschöpfte sich in einem Gaithof zu Bittenberge, nachdem er heimlich Berlin verlassen hatte. Eine Bieder der deutschen Geschichtsforschung ging mit dem Blättern dahin, der außerordentlichen für die Sammlung und Erforschung der deutschen Geschichtsquellen geleistet hatte. Jaffé, der zunächst in einem Bank- und Getreidegeschäft in Berlin als Kommissar tätig war, leitete unter den größten Entschuldigungen das Studium an der Universität durch und wurde ein Lieblingshörer Rankes, von dem der Meister erklärte, er habe an keinem andern Schüler je einen brennenderen Eifer wahrgenommen. Nach dem er sich mit einigen Arbeiten zur Kaisergeschichte glänzend eingeführt hatte, trat er als Mitarbeiter mit einem einzigartigen Nisenerwerb hervor, mit der Sammlung der Papst-Regesten, in denen 11000 päpstliche Urkunden veröffentlicht wurden, die bis dahin in 1700 verschiedenen Bänden verstreut waren. Mit einem Schlag war Jaffé durch diese Tat in die Reihe der ersten Historiker getreten. Da ihm aber wegen seines jüdischen Bekenntnisses die Universitätslaufbahn verschlossen war, studierte er nun Medizin und bestand sein ärztliches Doktorexamen. Da holte man den jungen Arzt wieder zurück zu dem Forschungsgebiet, für das er schon so viel geleistet, und neun Jahre hindurch war er nun die Seele bei der Herausgabe der „Monumenta Germaniae“. Da er sich aber mit dem Leiter des Unternehmens, Perschke nicht vertragen konnte, verließ er diesen Posten wieder, und nun setzte Ranke durch, daß er als erster Jude in Preußen zum außerordentlichen Professor der Geschichte an der Berliner Universität ernannt wurde. Er begann er eine

neue meisterhafte Quellen-Herausgabe, die „Bibliotheca rerum Germanicarum“, von der er mit wahrhaft wunderbarer Produktivität bis zu seinem lächeligen Hingange sechs Bände veröffentlichte. Der tragische Abbruch dieses so überaus glänzenden und fruchtbareren Gelehrten-Lebens ist in Dunkel gehüllt. Der einsame Junggeselle kannte nichts als seine Arbeit und wurde dabei von allerlei Wahnvorstellungen und Ängsten geplagt. Er glaubte sich verfolgt, durch Perschke in seiner Ehre getränkt, und so erlag er schließlich den düsteren Dämonen seines Innern; ohne zu ermerken, schloß Alfred Dove seine Charakteristik Jaffés in der Allgemeinen Deutschen Biographie — „benn wie stark hätte ihn das aufrichten müssen! — welcher Bieder, welcher Hoffnungen sein Untergang die deutsche Geschichtsforschung beraubte“.

Zum Tode Humphry Wards. Die englische Romanföhrer Humphry Ward, die im 68. Lebensjahre in London gestorben ist, war neben George Eliot die erfolgreichste aller britischen Autorinnen. Diese weltgeltende Berühmtheit verdankt Humphry Wards ihrem auf allen Kontinenten gleich geschätzten Roman „Robert Elsmere“, der den Konflikt einer religiösen Natur mit dem durch die Ergebnisse der Wissenschaft geweckten Skeptizismus im Rahmen einer fesselnden Romanhandlung schildert. Auf gleicher Höhe hielten sich auch die übrigen Romane der Schriftstellerin, von denen neben dem erwähnten Buch die „Geschichte des David Grieve“ und „Franziska Todter“ auch in Deutschland weiteste Verbreitung fanden. Auch hier hat man es mit Tendenzromanen zu tun, die mit bemerkenswerter geistiger Schärfe moderne soziale Probleme im Lichte humanitärer Diktatur behandeln. Mary Augusta Arnold, wie der Mädchennamen Humphry Wards lautet, wurde als Enkeltochter des berühmten Historikers Thomas Arnold am 11. Juni 1851 zu Gorbart in Tasmanien geboren. Sie war jedoch bereits als fünfjähriges Kind mit ihrem Vater, der bis zu seinem Lebensende zur römisch-katholischen Kirche als Schulinspektor in Tasmanien gewirkt hatte,

nach England gekommen und hatte sich hier im Jahre 1872 mit dem Schriftsteller Thomas Humphry Ward verheiratet. Nachdem sie ein Zeitlang journalistisch tätig gewesen war, widmete sie sich der Kinderfürsorge und trat mit einem Kinderbuch „Will und Dick“ hervor, das aber damals ebenföhrig Beachtung gefunden hat wie seinerzeit ihr erster Roman. Mit einem Schlag berühmt wurde Frau Ward dann... durch die Veröffentlichung ihres mit ungeheurer Erfolg aufgenommenen Romans „Robert Elsmere“, ein Erfolg, den ihre folgenden Romane zunehmend bestatigen haben.

Die französischen Reformpläne für die Universität Straßburg. Die Franzosen werfen nicht recht, wie sie die Universität Straßburg reformieren sollen. Zeit heftig allein, daß sie reformiert werden muß. Vorläufig haben folgende Gelehrte einen Beauftragten erhalten: Neuf für die Geschichte des Elsaß, Pariset für moderne Geschichte, Fehre für moderne Geschichte. Die beiden letzteren stammen aus Straßburg. Auch Georges Delabade und Fröh Neuer sollen einen Beauftragten erhalten. Da aber alle diese Beauftragten nur vorübergehenden Charakter haben, so scheint die Neuorganisation der Universität überhaupt noch nicht festzusetzen.

Personalien. Wie wir erfahren, hat Prof. Dr. Karl Stählin in Leipzig den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Berlin als Nachfolger Schumanns angenommen. — Dem Privatdozenten an der Greifswalder Universität, Prof. Dr. Hans Philipp, ist ein Beauftragter für osteuropäische und regionale Geologie erteilt worden. — Der Assistenzarzt an der chirurgischen Klinik zu Göttingen, Dr. med. Berthold Federwaldt, ist vom 1. April ab zum etatsmäßigen Unfallarzt an der Bayerischen Kreis-Kranken- und Pflegeanstalt Trautenbach ernannt worden. — Den Privatdozenten an der Heidelberger Universität Dr. Robert Pädic (Neue Anhaltsgeschichte), Dr. Hugo Wexler (Zoologie), Dr. Wolfgang Behn, von Wittenberg (Botanik), Dr. Peter Adolf Schöndorfer (Zoologie) und Dr. Rudolf Pieske (Botanik) ist der Titel außerordentlicher Professor verliehen worden.